

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Nur Mut.

Es wechselt hierieden die Lust mit Pein,
Die finstere Wolke mit Sonnenschein,
In gleicher, urewiger Weise;
Und immer auf's neue schmückt sich die Nacht
Den Schleier mit strahlender Sternenpracht,
Still wandelt der Mond seine Kreise.

Und jeglicher Frühling bringt dir den Mai,
Es zaubert der Herbst die Früchte herbei,
Und Stille folgt lobenden Stürmen;
Schau hin auf die Woge, die sorglos ruht,
Als könnte nimmer die brandende Flut
Sie mächtig gen Himmel aufstürmen.

Du zagendes Menschenherz, sei getrost!
Ob wild auch des Schicksals Sturm dich umtost,
Schon wulst dir der Hafen von ferne.
Auch dir lacht wieder nach Trübsal und Not
Am Himmel des Lebens ein Morgenrot,
Wald grüßen dich tröstend die Sterne!

J. Moos.

Kritisches zur Reichsversicherungsordnung.

II.

Wenn der Sozialpolitiker sich nicht eine gute Dosis Selbstbeherrschung zulegt, dann kommt er aus der nervösen Erregung nicht heraus. Werden doch auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens so viele Hindernisse in den Weg gelegt, wie auf dem der sozialen Arbeit. Daß die zuerst in Anspruch Genommenen, die Unternehmer, sich gegen „zuviel Sozialpolitik“ zur Wehr sehen, ist menschlich begreiflich. Gegen ihre unmittelbaren, sinnfälligen Interessen muß ja vielfach Sozialpolitik gemacht werden; wir brauchen da nur an die Erweiterung und den Schutz der Arbeiterrechte zu denken. Einsichtige in den Unternehmerkreisen stellen sich allerdings ihre nicht sofort in die Augen fallenden Interessen, die sich in einer hochstehenden zufriedenen Arbeiterschaft widerspiegeln, über die zuerst gezeichneten. Ist somit der Widerstand der Unternehmer gegen lebendige soziale Arbeit zu verstehen, so doch nicht der kleinliche, bürokratische Zug, von dem man sich in Regierungskreisen in sozialer Hinsicht fast immer leiten läßt. Viele unferne sozialen Maßnahmen erwecken deshalb auch so eine Befriedigung, worüber sich dann die Regierungsvorgänge nicht genug wundern können. Bald alle gegnerischen Gegenstände beweisen das. So auch wieder die

Krankenversicherung.

Bergegenwärtigen wir uns noch einmal die als notwendige Folge der Halbierung des Stimmrechts vorgesehene Bestimmungen der Versicherungsordnung über die Bestellung des Vorsitzenden in den Ortskrankenkassen. Sie heißen:

§ 393. Die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Vorstandes. Gewählt ist derjenige, auf welchen die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande fällt.

§ 394. Kommt eine Wahl mit dieser Mehrheit nicht zustande, so ist zur Vornahme der Wahl eine zweite Sitzung auf einen andern Tag anzuberäumen.

§ 395. Kommt die Wahl in der zweiten Sitzung nicht zustande, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter. Er übt die Befugnisse und Obliegenheiten des Vorstandsvorsitzenden auf Kosten der Krankenkasse solange aus, bis eine gültige Wahl erfolgt ist.

Das Versicherungsamt kann statt dessen für die gleiche Zeitdauer ein Mitglied des Kassenvorstandes mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden beauftragen. Die Uebernahme dieses Auftrages kann nur aus den gleichen Gründen abgelehnt werden, wie die Wahl zu den Kassenvorständen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Um eine Majorisierung mit winziger Mehrheit wieder des einen noch des andern Teiles zu verhüten, soll jeder Teil, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kassenvorstand, eine Majorität für einen gemeinsamen Vorsitzenden stellen. Eine Majorisierung (in des Wortes vollster

Bedeutung) des einen Teiles ist nur möglich bei Uneinigkeit beider Teile über die als Vorsitzenden zu bestellende Person aus der Mitte des Gesamtvorstandes. Nun sollten sich die uneinigigen gleichstarken Teile des Vorstandes in getrennter Abstimmung auf eine Person aus den Reihen des einen oder anderen Teiles des Vorstandes einigen. Darüber muß man dreimal nachdenken, ehe man die Regierung versteht, um dann aber sofort zu finden, daß sie selbst wenig an die derart zu erzielende Einigkeit glaubt. Denn sie hält sich durch das Versicherungsamt ein Ernennungsrecht des Vorsitzenden vor, wenn keine Wahl zustande kommt. Wie dies zum Vorsitzenden ernannte Vorstandsmitglied das Vertrauen des Gesamtvorstandes bekommen soll, ist ein Rätsel. Vertrauen aber muß der Vorsitzende doch haben, wenn er gedeihlich wirken soll. Alles dieses aber findet seine Ursache in der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts!

Ueber die vorgesehene Landkrankenkassen wollen wir nicht viel Worte verlieren. Kann man dieser besonderen Klassenart auch eine gewisse Berechtigung nicht aberkennen — ihre Zwecke ließen sich aber auch durch besondere Bestimmungen im Statut der Ortskrankenkassen erfüllen — so ist sie in der vorgeschlagenen Form direkt unannehmbar. Denn ihr Merkmal ist es ja, das die bestehenden Gemeindefrankenkassen so unhaltbar machte: bürokratische Verwaltung unter Ausschluß des Selbstbestimmungsrechtes der Beteiligten und minderwertige Leistungen. Vollends unannehmbar wäre aber, daß unter gewissen Voraussetzungen (wenn Ortskrankenkassen nicht errichtet werden, siehe Artikel in Nr. 20 dieser Zeitung) die eigentlich den Ortskrankenkassen zu unterstellenden Versicherungspflichtigen den Landkrankenkassen überwiesen werden könnten. Das muß u. E. der Regierung gesagt werden, ohne sich lange in einen Disput mit ihr einzulassen. Man würde diesen Gesetzesvorschlägen sonst zu viel Ehre antun.

Wiebe nur noch übrig, einige wichtige Einzelheiten des materiellen Teiles der Krankenversicherung nach der Versicherungsordnung zu witzigen. Da erscheint uns denn notwendig, das Recht auf freiwillige Versicherung allen Selbstständigen mit einem Einkommen bis 2000 Mk. pro Jahr zu verleihen. Daß ein Bedürfnis dazu vorliegt, beweisen die vielen Kleinrentenkassen, die ihre Nahrung vielfach in den Kreisen der kleinen Selbstständigen finden. Seitens der Handwerkskammern beispielsweise wird den kleinen Handwertern ja auch schon Gelegenheit zur Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses in besonderen Klassen gegeben. Alles dies spricht für unsere Forderung. Die Pflichtleistungen sowohl wie die statutarisch zugelassenen Mehrleistungen bewegen sich im allgemeinen im Rahmen des geltenden Rechtes. So soll denn auch als Grundlage für die Bemessung der Barunterstützung wie bisher ein statutarisch festzusetzender Durchschnittslohn maßgebend sein, soweit er 4 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt. Wie mangelhaft die Bestimmungen des bisherigen Rechtes (§ 20 ff. des Krankenversicherungsgesetzes) durchgeführt worden sind, ist zu bekannt. Direkt ungesetzliche Statuten sind von den oberen Verwaltungsbehörden genehmigt worden. Man gestattete Klasseneinteilungen zwischen jugendlichen Personen (unter 16 Jahren), erwachsene weibliche und männliche Personen, niedrige und hoch gelohnte Arbeiter somit im Krankengeldbezug gleichstellend, bei gleichen Leistungen der Versicherten natürlich. So gibt es denn Klassen, die selbst solchen Arbeitern, die 5 Mark und mehr pro Tag verdienen, nur 1 Mark Krankengeld pro Tag (höchste Klasse 2 Mark Tagelohn) gewähren. Eine genaue, dem wirklichen Lohne mindestens annähernd entsprechende Klasseneinteilung muß deshalb u. E. durch das Gesetz selbst gegeben und dabei darf auch an der Grenze von 4 Mark nicht halt gemacht werden. Für viele Personen ist die Versicherungsspflicht nur gegeben, soweit sie nicht mehr wie 2000 Mark pro Jahr oder 6 zwei Drittel Mark pro Arbeitstag verdienen. Bis zu dieser Summe sollte man auch mit der

Klasseneinteilung zum Bezuge des Krankengeldes, das ja mindestens 50 % des dem Krankengelde zu Grunde gelegten Lohnes betragen soll, gehen. Mindestens aber muß die gesetzliche Grenze des Krankengeldberechnung zugrunde gelegten Lohnes 5 Mark pro Tag betragen. Damit kommt man den berechtigten Ansprüchen der hochgelohnten Arbeiterschaft entgegen; auch die verminderte Kaufkraft des Geldes verlangt dies.

„Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel“ haben nach dem geltenden Rechte die Kassen auch in Zukunft zu liefern. Was aber „ähnliche Heilmittel“ sind, sagt auch die Versicherungsordnung nicht. Die Rechtsprechung hat als ähnliche Heilmittel solche angesehen, die nicht über einen bestimmten Betrag kosteten. Als Grenze dieses Betrages bezeichnete das eine Gericht die Summe von 20, das andere von 40 Mark. Wie viele Streitfälle diese kauschulartige Bestimmung verursacht hat, ist bekannt und eine Wenderung ist deshalb notwendig. Entweder ziehe man gesetzlich eine feste Grenze durch eine fixierte Summe (etwa 50 Mark), oder aber man bestimme, was wohl richtiger sein dürfte, daß die Krankenkasse genau wie die Unfallberufsgenossenschaft zur Lieferung aller erforderlichen und zweckdienlichen Heil- und Hilfsmittel verpflichtet ist.

Die Ausdehnung des ärztlichen und zahnärztlichen Heilmonopols, wie es die Versicherungsordnung in den §§ 219 und 220 vorsieht, ist aber auch durch nichts begründet. Warum sollen in jedem einzelnen Falle Räber, Massagen, Einreibungen und dergleichen von der vorherigen Verordnung des Arztes abhängig sein? Das würde die Zeit des Versicherten und die Mittel der Kasse in einem Umfange in Anspruch nehmen, die zu der verlangten Hilfe des Versicherten in keinem Verhältnis steht.

Speziell bei Zahnkrankheiten erscheint es durchaus unangebracht, den Versicherten Hilfe durch Zahnärzte aufzuzwingen und den Zahntechniker nur dann zur Kassenpraxis zuzulassen, wenn Diplomierte nicht vorhanden sind. Diese Vorschrift würde nach zwei Seiten hin unangenehme Erscheinungen auslösen. Zunächst ist es eine Erfahrungstatsache, daß Zahntechniker vielfach weitgehenderes Vertrauen genießen und auch größere Geschäftlichkeit (die Hauptsache bei der Zahnhilfe) aufweisen wie diplomierte Zahnärzte, und würde infolgedessen mancher Versicherte gezwungen sein, die angeblich bessere Hilfe durch den Zahnarzt der Kasse unbenutzt zu lassen und auf eigene Kosten zum Zahntechniker zu gehen. Dann ist noch der weitere nicht zu unterschätzende Gesichtspunkt der finanziellen Belastung zu berücksichtigen. Schon jetzt werden die Mittel der Krankenversicherung für die Beseitigung der Zahnkrankheiten in so hohem Maße in Anspruch genommen, das viele Kassen sich ihren Pflichten (z. B. bei notwendigen Klombierungen) möglichst entziehen. Die diesbezüglichen Lasten würden sich aber ins Unentragliche steigern, wenn das Gesetz nun auch die Versicherten zwingen wollte, anstatt die Hilfe des Zahntechnikers die regelmäßig 100 Proz. teurere des diplomierten Zahnarztes in Anspruch zu nehmen.

Unter allen Umständen darf der Gesetzgeber, darin stimmen wir mit der „Westf. Arbeiterztg.“ vollständig überein, nicht weitergehen, als dem Versicherten ein Recht auf Behandlung durch den Arzt und auch den Zahntechniker einzuräumen; damit wird er allen billigen Interessen gerecht.

Unberührt läßt die Versicherungsordnung die heutigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes über die Krankenhausbehandlung und die Familienunterstützung. Daß die Krankenhausbehandlung für manchen Versicherten wie auch für seine Familie das Beste ist, ist zweifellos. Sehr oft aber schreckt der Versicherte vor einer Krankenhausbehandlung zurück, weil dann seine Familie mit dem hohen Krankengeld vorlieb nehmen muß. Bei ruhiger Ueberlegung müßte er sich ja sagen, daß er bezw. seine Familie auch dann noch besser stände, als wenn er bei hohem Krankengelde in der Familie verbleibt. Man muß aber die Angelegenheit aus dem

würdigen können. Weiß der Versicherte seine Familie in Not, dann ist ihm die Krankenhauspfllege unerträglich; dann fühlt er sich glücklich, wenn er bei seiner darbenenden Familie ist und muß er auch selbst als Kranker mit darhen. Und das ist immer ein schweres Joch. Man sollte deshalb den Familien im Krankenhaus untergebrachter Personen das volle Krankengeld lassen. Ist man doch auch bei den Invalidenversicherungsanstalten durch die Erfahrung dazu gekommen, bei Gewährung eines Heilverfahrens die Angehörigenunterstützung nach den Familienverhältnissen abzustufen und sie bis zum 1/2fachen Betrage des Krankengeldes zu erhöhen.

Wäre im weiteren der Arzt eine Krankenhausbehandlung für notwendig, dann muß dem Versicherten ein Recht darauf verliehen sein. § 221 der Versicherungsordnung redet aber, entsprechend den bisherigen Bestimmungen, nur von dem Recht der Klassen, an Stelle des Krankengeldes und der Krankpfllege freie Kur und Verpflegung im Krankenhaus zu gewähren. Es gibt aber rückständige Klassen, die deshalb notwendige Krankenhauspfllege versagen, weil sie erhöhte Kosten verursacht.

Durchaus begrüßenswert ist der Absatz 1 des § 222 der Versicherungsordnung. Er lautet:

„Die Satzung kann bestimmen, daß in Fällen, in denen die Ueberführung des Erkrankten in ein Krankenhaus angezeigt, aber nicht ausführbar ist, mit seiner Zustimmung von der Kasse Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder dergleichen gewährt werden darf.“

Eine wirklich vernünftige Neuerung. Die Freude daran wird aber wesentlich getrübt durch den Absatz 2 dieses Paragraphen. Er bestimmt, daß die Satzung die Kasse ermächtigen kann, die Kosten für die Pflege nach Absatz 1 am Krankengeld, jedoch höchstens bis zu seiner Hälfte, zu kürzen. Hauptsächlich gelingt es dem Reichstag, eine Streichung des Absatzes 2 durchzubringen.

Eine der schwierigsten Fragen ist unstreitig die Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen. Keinesfalls darf sie lediglich von theoretischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden, aber auch nicht nur von praktischen. In der Mitte liegt u. E. auch hierbei das Richtige. Wir wollen aber in diesem Augenblick diese Frage keiner Besprechung unterziehen, nicht weil wir uns fürwachen, unsere Meinung zu sagen. Wir halten es für zweckmäßiger, nach Abschluß unserer die Versicherungsordnung kritisch würdigenden Artikelserie in einem besonderen Artikel die Arztfrage zu behandeln.

Wohnungsreform.

Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen in Stadt und Land ist in vorausgegangenen Artikeln schon dargelegt worden. Es soll nunmehr des näheren besprochen werden, welche Mittel anzuwenden sind, um zu einer gründlichen Wohnungsreform zu kommen. Es kommt zunächst in Betracht, die Wohnungsbeschaffung. Die Arbeiterklasse leidet unter dem Mangel an Wohnungen von entsprechender Größe und Beschaffenheit bei zu hohen Mietpreisen. Das trifft zu auf Arbeiter in Staats- und Gemeindebetrieben sowohl als auf jene in den Privatbetrieben. Demgemäß ist in erster Linie die Forderung zu erheben, daß Staat und Gemeinde sich mit an der Wohnungsbeschaffung für die Arbeiter beteiligen. Das kann geschehen durch Bau von geeigneten Mietwohnungen sowie durch nachdrückliche Unterstützung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen wie auch der privaten Bautätigkeit.

Es muß anerkannt werden, daß staatlicherseits in diesen Zwecken in den letzten Jahren nicht unerhebliche Mittel aufgewendet wurden. Zur Förderung der Herstellung geeigneter Mietwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs sind seit 1901 33 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden. Auch die Einzelstaaten haben auf Grund besonderer Gesetze oder im Etat Gelder für Mietwohnungsbauten zur Verfügung gestellt; so Preußen seit 1895 etwa 100 Millionen Mark, Bayern seit 1900 etwa 15 Millionen Mark. Eine Anzahl von Gemeinden mit sozialpolitisch fortgeschrittener Verwaltung hat ebenfalls Wohnungsfürsorge betrieben, wenn auch nur ägernd und in bescheidenem Maße.

Daß hier nicht mehr gesehen ist, hat seine Ursache in dem Umstande, daß in der Regel bei dem geltenden Gemeindegewahlrecht die Hausbesitzer einen allzu großen Einfluß auf die Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben. Wohl die Mehrzahl der Hausbesitzer sind Gegner der staatlichen wie gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, aus Angst vor Entwertung der eigenen Häuser, oder Verlust des bei fortbestehender Wohnungsnot sicher zu erwartenden Gewinnes, infolge Steigerung der Mietpreise. Die Wohnungsfürsorge, obwohl sie in erster Linie Gemeindefache ist, wird also in der Hauptsache, sei es direkt oder indirekt, vom Staate weiter betrieben und gefördert werden müssen.

Es kommt hier allem voran, daß eine tüchtige Bohrer- und Beliedlungspolitik durchge-

führt wird. Wo teures Baugelände, da kann eine billige Wohnung nicht hergestellt werden. Aber gerade da, wo ein Wohnungsbedarf sich geltend macht, setzt die Spekulation ein, sie kauft Grund und Boden auf und steigert nach Möglichkeit dessen Preis. Eine Reihe von Gesellschaften betreiben gewerbmäßig und zleibewußt Bodenspekulation, machen dabei oft recht große Gewinne auf Kosten der wohnungsbedürftigen ärmeren Bevölkerung. Gegen dieses widrige Treiben soll und kann der Staat Front machen. Der Staat wie auch die Gemeinden müßten vor allem sich halten, an der Bodenspekulation sich mit zu beteiligen. Ihre Aufgabe ist es, sich immer mehr Grund und Boden zu sichern, der dann den Wohnungsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden kann. Es sind diesbezüglich eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, z. B.: Das zur Erbauung von Wohnstätten notwendige Gelände soll durch Entgeltnung oder durch ein anderes auf dem Wege der Verpfändung einzuführendes Verfahren unter die Hand des Staates gebracht werden, so daß es jederzeit zu einem dem landwirtschaftlichen Werte entsprechenden Preise an die Bauenden abgegeben werden kann. Das Geld zur Bodenaufblösung sollte der Staat durch Ausgabe von Baupfandbriefen sich beschaffen, bezw. aus den verfügbaren Mitteln der Sozialversicherung. Zum Bau von Wohnungen müßten die Mittel auf ähnliche Weise aufgebracht werden.

Diese Vorschläge setzen eine ganz intensive Tätigkeit des Staates voraus, die ohne Schaffung neuer Behörden von „Landsbaukommissionen“ nicht möglich ist. Borerst ist kein Davandanken, auf diesem vorgeschlagenen Wege vorwärts zu kommen. Die christlich-organisierte Arbeiterschaft Münchens hat vor Jahren schon andere Wege gewiesen, die, wenn man die Spekulation als Ursache der mifflischen und teuren Wohnungsverhältnisse ansieht, mit großer Aussicht auf Erfolg beschritten werden können. Es ist das die Einführung einer Steuer auf Spekulationsgründe und einer solchen auf den unbedienten Wertzuwachs.

Der Trieb der Bodenspekulation, Terraingesellschaften u. zc. besteht darin, das voraussichtlich nötig werdende Baugelände zum Marktwert aufzukaufen. Das Gelände wird solange nicht abgegeben, bis es dringend nötig wird und einen hohen Preis erzielt. Der Spekulation wäre es unmöglich, Grund und Boden unbenutzt liegen zu lassen, bis er infolge Ausdehnung eines Ortes, infolge Anwachsens der Bevölkerung, zur Verwendung benötigt wird, wenn eine entsprechende Steuer auf diesem Bau-Gelände lasten würde. Wird eine solche Steuer, wie die Besteuerung des Wertzuwachses eingeführt, dann wird zweifellos die ungesunde, wohnungsverwundende Bodenspekulation eingeschränkt. Als 1902 Legn. 1904 in Bayern der Versuch gemacht wurde, eine solche Steuer durch Landesgesetz einzuführen, da wehrten sich dagegen die Terraingesellschaften ganz energisch. In dem Geschäftsberichte einer solchen Gesellschaft wurde angegeben, daß allein schon die Absicht auf Einführung einer Steuer, Grundwertabgabe, Wertzuwachs, der Gesellschaft geschadet habe.

Es geht daraus hervor, daß durch Steuerreform Bodenreform bewirkt werden kann. Eine Anzahl von Terraingesellschaften leiden an großer Hypothekenschuldung. Diese Belastung wird unerträglich, sobald eine Steuer auf den Wertzuwachs eingeführt wird. Die gewinnjüchtigen Bodenspekulanten können dann ihre Baugründe nicht mehr halten. Der Boden wird frei und Staat und Gemeinde haben dann Gelegenheit, ihren Bodenbesitz zu erweitern. Die Durchführung einer gesunden Besiedlungs- und Bodenpolitik ist ihnen dann ermöglicht. S. J.

Konferenz des Agitationsbezirks Esen.

Am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 2 Uhr, tagte im christlichen Gewerkschaftshause in Dortmund die diesjährige Konferenz des Agitationsbezirks Esen. Beteiligt waren 51 Ortsgruppen bezw. Sektionen durch ebenso viele Delegierten. Außerdem nahmen an der Konferenz teil der Verbandsvorsitzende Wieber, der Landtagsabgeordnete Arbeitersekretär Gronowski, Dortmund, Arbeitersekretär Henrich, Herne und der Vorsitzende des Bezirksauschusses, Glast, Esen mit Mitgliedern des Bezirksauschusses. Der Bezirksleiter Kollege Firtjeser erläuterte zunächst den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Das Berichtsjahr hatte noch mehr wie das vorhergehende Jahr 1907 unter den Einwirkungen des wirtschaftlichen Niederganges zu leiden. Der Umstand, daß die sich wohl langsam ihrem Ende zuneigende Krise die erste war, die wir als christliche Gewerkschafter durchzumachen hatten, war wohl die Hauptursache, daß die Organisationsbestrebungen in dieser Zeit nicht ganz besonders gefördert werden konnten. Die Arbeiter der Großindustrie des Ruhrbezirks, unter denen wir zum größten Teil unsere Mitglieder haben, haben zwar in der vorausgegangenen Hochkonjunktur noch nicht von der Angst und der Furcht vor Maßregelung freimachen können. Umso mehr traten diese Erwägungen in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges in die Erscheinung und veranlaßten manche Arbeiter, der Organisation den Rücken zu kehren und erschwerten die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Industrierbeitern. Unter diesen Umständen ist es heutzutage nicht im unsemern Bezirk, dessen Agitationsgebiet vorwiegend die Arbeiter der Großindustrie bilden, im Jahre 1908 nicht nur kein Fortschritt zu verzeichnen war, sondern ein Rückgang eingetreten ist. Während die meist kleineren Orts-

gruppen des Münsterlandes fast durchweg ihre Mitgliederzahl gehalten, war dies in den großen Ortsgruppen des Industriebezirks nicht der Fall. Neu eingezogen wurde im Berichtsjahre in folgenden Orten: Bork, Buer, König Lubwig, Eisenhülft, Herbe, Föhlinghausen, Gulls bei Einjen, Lüdinghausen und Umma, während die Ortsgruppe Warenborf wohl hauptsächlich infolge einer fehlerhaften Bewegung der Textilarbeiter leider eingegangen ist.

In den neu erschlossenen Orten wurden keine neuen Ortsgruppen, sondern lediglich Sektionen der nächstgelegenen größeren Ortsverwaltungen errichtet. Im Berichtsjahr wurde besonderes Gewicht gelegt auf die Gewinnung der auf den Bechen beschäftigten Metallarbeiter, die heute neben den im Kleinergewerbe beschäftigten Kollegen wohl noch unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben. Weil noch nicht allseitig Klarheit über die Zugehörigkeit der Bechenmetallarbeiter zu unserem Verbande herrschte, wandte sich die Bezirksleitung an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes in Köln und wurde von dort unter dem 22. Januar 1909 die Auskunft erteilt:

„Die im Bergbau beschäftigten Metallarbeiter sind zweifellos als Betriebsfremde zu betrachten und gehören daher, nach dem in der christlichen Gewerkschaftsbewegung allmählich sich bildenden Gewohnheitsrecht, zu den Metallarbeitern. Ein gegenteiliger Beschluß liegt innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nicht vor. A. Stegerwald.“

Nach dieser Mitteilung dürfte in Zukunft die Zugehörigkeit der Bechenmetallarbeiter nicht mehr zweifelhaft sein und diesbezügliche Differenzen mit unseren Bräuderverbänden vermieden werden.

Im Berichtsjahre wurde seitens der Bezirksleitung eine Broschüre unter dem Titel: „Die Krupp'sche Pensionskasse vor Gericht“ herausgegeben, in der das gesamte in dem Kampf um die Rückzahlung der einbehaltenen Pensionskassenbeiträge bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses gesammelte Material zusammengestellt und der Öffentlichkeit übergeben wurde. Als Antwort darauf gab auch die Firma Krupp in Esen eine natürlich in ihrem Sinne gehaltene Broschüre über denselben Gegenstand heraus, betitelt: „Zum Streit um die Wertpensionskassen“. Auf der im Berichtsjahr abgehaltenen Generalversammlung unseres Verbandes in München erstattete der Bezirksleiter ein ausführliches Referat über „Wertpensionskassen“. Sowohl die Broschüre „Die Krupp'sche Pensionskasse vor Gericht“ als auch das als Sonderabdruck aus dem Verbandsstagsprotokoll hergestellte Referat des Bezirksleiters wurde als Material zur Begründung der seitens des Verbandes im Reichstagsabgeordneten Petition bezahl. der Wertpensionskassenfrage sämtlichen Reichstagsabgeordneten zugesellt. Die Broschüre wurde außerdem fast durchweg von den meisten angesehenen Organen „als für die Beurteilung der Wertpensionskassenfrage sehr wertvolles Material“ rezensiert. Nach den neuesten Erklärungen des Staatssekretärs im Reichstage scheint ja nun auch eine kleine Aenderung in der Beurteilung der speziell für die Arbeiter der Großindustrie so eminent wichtigen Wertpensionsfrage seitens der Regierungorgane doch eingetreten zu sein. Hoffen wir, daß eine gerechte, gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit bald die unermüdliche bahnbrechende Tätigkeit unseres Verbandes auf diesem Gebiete krönen wird.

Es ist natürlich, daß das Tätigkeitsgebiet der gewerkschaftlichen Organisationen während der Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges einigermaßen beschränkt ist. Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind naturgemäß viel eher in einer Zeit zu erzielen, wo Mangel an geeigneten Arbeitskräften besteht, als wie dann, wenn ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorliegt. Dies letztere war nun im Jahre 1908, wo die Krise besonders scharf einsetzte, auch in unserem Bezirk zu verzeichnen. Trotzdem haben wir auch auf dem Gebiete Erfolge zu verzeichnen.

Im Lohnbewegungen und Streiks waren im Jahre 1908 im ganzen im Bezirk zu verzeichnen 15, gegen 27 im Jahre 1907. Von diesen 15 waren 7 herborgerufen durch Lohnreduzierungen seitens der betreffenden Werke. Außer einem Abwehrstreik und einer Ausperrung wegen Zugehörigkeit zu unserem christlichen Metallarbeiterverband waren 13 Lohnbewegungen zu verzeichnen, an denen 586 Kollegen beteiligt waren, gegen 552 im Jahre 1907. Bei dem Streik und der Ausperrung gingen 119 Kollegen an 2077 Tagen 8214 Mark Arbeitsverdienst verloren.

Die Ursachen der Bewegungen waren: Verkürzung der Arbeitszeit bei 1, Lohnerhöhung 1, Verkürzung der Vorkriegszeit, Lohnerhöhungen und andere Forderungen 1, Austritt aus der Organisation 1, Maßregelung 4, Lohnreduzierung 7, Verlängerung der Arbeitszeit 1, sonstige Ursachen 3. Von diesen Lohnbewegungen waren erfolgreich 8, mit teilweisem Erfolg endeten 6 und 1 war ohne Erfolg. 8 Bewegungen wurden erlebte durch die Kommission der Arbeiter und 6 durch Verbandsbeamte, während die erfolglose nach wöchentlichem Dauer abgebrochen und die Sperre über den Betrieb verhängt wurde. 8 Bewegungen wurden von unserem Verbande allein geführt und 7 mit anderen Organisationen zusammen. Bei diesen 7 Bewegungen waren in 4 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten in unserem Verbande organisiert, während wir in 3 Fällen die Minderheit bildeten.

Die Ausgaben für Streiks betrugen im Jahre 1908 in unserem Bezirk 3339,16 Mk. gegen 2818,17 Mk. im Jahre 1907.

Die Erfolge dieser Bewegungen sind trotz der im Berichtsjahre bestehenden ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse recht bedeutende. Bei der Lohnbewegung der Hül- und Wagenschmiede in Esen wurde durch einen zwischen der Schmiebedeputation und dem Gesellschaftsausschuss abgeschlossenen sogenannten Arbeitsvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 6 Stunden pro Woche und Arbeiter erzielt und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3 Mark. Während die Arbeitszeit hier früher 11, 12, ja bis 14 Stunden pro Tag betrug, wurde durch die Bewegung die 10 1/2 stündige Arbeitszeit festgelegt, der Lohn und Lohngewinn beim Meister wurde aufgehoben und für die Arbeiter ein Festlohn von 25 Proz. für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. eingeführt.

Auf der Wägenfabrik in Esen, die hauptsächlich Wägen und Wägereimaschinen herstellt, sollten die Lohn-

Abzugszahlung verlängert werden. Es wurde erreicht, daß am 5. eines jeden Monats regelmäßige Lohnstage sind und am 15. und 25. Abzugszahlungen gegeben werden.

Für ungefähr 70 Kollegen, die auf den Prospektarbeiten in Dortmund i. W. beschäftigt sind, wurde am 1. April eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Tag erreicht.

Auf den Hochöfen des Schalker Gruben- und Hüttenvereins wurde durch das Eingreifen unseres dortigen Verbandsorganen die Klüftung von 2 Kollegen wieder rückgängig gemacht und eine erhebliche Lohnreduzierung verhindert.

Außerdem wurden durch das Eingreifen unseres Verbandes Lohnreduzierungen und Arbeitsverschlechterungen verhindert, zum Teil sogar vollständig rückgängig gemacht bei den Firmen Wundschaid u. Co. in Gelsenkirchen, Westfälisches Stahlwerk in Bochum-Weltmar, Feinblechfabrikation in Dortmund, Klume u. Lenz, Potthoff u. Klume in Eilen und der Wapoper Maschinenfabrik in Pommerbruch-Barop.

Auf Verarbeiten unserer Kollegen wurde bei der Firma Beringhaus in Herne die Arbeitszeit von täglich 10 1/2 auf 16 Stunden herabgesetzt, und bei der Firma Hoffmann u. Herres in Dortmund ein Arbeiterausschuß eingeführt.

Bei der Firma Klippersbusch u. Söhne, 3erfabrik in Gelsenkirchen-Schalle brach im Frühjahr 1908 ein Streik aus wegen Maßregelung von 15 Arbeitern. Leider konnte die Bewegung, wohl hauptsächlich wegen der schlechten Wirtschaftslage, nicht mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendet werden.

Die Drahtschlagfabrik Schulte in Lüdinghausen kündigte, nachdem wir in Lüdinghausen eine Ortsgruppe errichtet hatten, allen Arbeitern, die unsern Verbanne beigetreten waren. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurden nicht gekündigt.

Wenn es auch nicht übermäßige Erfolge waren, die wir im Jahre 1908 in unserm Bezirk für die Mitglieder errungen haben, so hat sich doch auch bei uns Bewahrheitet, daß überall da, wo die Arbeiter organisiert waren, sie die jahrelangen Folgen der Krise wenigstens zum größten Teil von sich abwehren konnten.

Wenn es auch nicht übermäßige Erfolge waren, die wir im Jahre 1908 in unserm Bezirk für die Mitglieder errungen haben, so hat sich doch auch bei uns Bewahrheitet, daß überall da, wo die Arbeiter organisiert waren, sie die jahrelangen Folgen der Krise wenigstens zum größten Teil von sich abwehren konnten.

Wenn es auch nicht übermäßige Erfolge waren, die wir im Jahre 1908 in unserm Bezirk für die Mitglieder errungen haben, so hat sich doch auch bei uns Bewahrheitet, daß überall da, wo die Arbeiter organisiert waren, sie die jahrelangen Folgen der Krise wenigstens zum größten Teil von sich abwehren konnten.

Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Straßburg i. G.

Am Sonntag, den 13. Juni tagte in Billingen (Baden) die diesjährige Bezirkskonferenz. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Verbandsvorsitzender Kollege Wieber teil.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 2. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände in Verwaltung und Agitation; 3. Das Unterstufungswesen in unserm Bande; 4. Wahl eines Bezirksvorstandes; 5. Anträge der Ortsgruppen Freiburg und Schramberg.

Der Bezirk Straßburg wurde am 15. Oktober 1908 errichtet. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 15. Okt. 1908 bis zum 1. Juni 1909.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 2. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände in Verwaltung und Agitation; 3. Das Unterstufungswesen in unserm Bande; 4. Wahl eines Bezirksvorstandes; 5. Anträge der Ortsgruppen Freiburg und Schramberg.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 2. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände in Verwaltung und Agitation; 3. Das Unterstufungswesen in unserm Bande; 4. Wahl eines Bezirksvorstandes; 5. Anträge der Ortsgruppen Freiburg und Schramberg.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 2. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände in Verwaltung und Agitation; 3. Das Unterstufungswesen in unserm Bande; 4. Wahl eines Bezirksvorstandes; 5. Anträge der Ortsgruppen Freiburg und Schramberg.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 2. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände in Verwaltung und Agitation; 3. Das Unterstufungswesen in unserm Bande; 4. Wahl eines Bezirksvorstandes; 5. Anträge der Ortsgruppen Freiburg und Schramberg.

48 Mitgliederversammlungen, 42 Werkstattversammlungen, 8 Gewerbegerichtsversammlungen, 77 öffentliche Versammlungen, 39 Vorstandes- und Vertrauensmännerführungen, 3 Beamtenkonferenzen, 2 Verhandlungen mit Arbeitgebern und 17 sonstigen Sitzungen und Versammlungen.

Die Presse steht unserer Bewegung im allgemeinen freundlich gegenüber. Sie ist denn auch so viel als möglich mit Berichten über Versammlungen sowie mit aufklärenden Artikeln über unsere Bewegung bedient worden.

Verhältnismäßig umfangreich gestaltete sich auch die Büroarbeit. Es gingen 327 Briefe, 142 Postkarten, 96 Drucksachen, 4 Telegramme, 35 Pakete und 58 Geldsendungen ein.

Rechtschutz wurde in 21 Fällen an 14 Kollegen erteilt. Dreimal vertrat der Bezirksleiter je einen Kollegen vor dem Schiedsgericht und jedesmal mit Erfolg.

An Streiks und Lohnbewegungen sind sechs zu verzeichnen: zwei in Mühlhausen, eine in Straßburg, eine in Jassau und zwei in Rheinfelden, wovon bis heute noch keine entschieden ist.

An Unterstufungen wurden ausbezahlt vom 1. Oktober 08 bis 1. April 09: Streikunterstützung 13 Mk., Reiseunterstützung 64 Mk., Maßregelungsunterstützung 42,50 Mk., Umzugsunterstützung 45 Mk., Erwerbslosenunterstützung a) bei Krankheit 2547,46 Mk., b) bei Arbeitslosigkeit 1381,70 Mk., Sterbegeld 120 Mk., Rechtschutz 78, 87 Mk., Notfallunterstützung 65,30 Mk., Summa 4458,43 Mk.

Einna hmen: Bestand am 15. Oktober 08 212,56 Mk. Vom Saarbezirk erhalten 208,30 „ Zuschuß von der Zentrale 1089,63 „ Von den Ortsgruppen 7 1/2 resp. 5 Proz. der Einnahme 554,34 „

Gesamteinnahme 3094,83 Mk. Ausgabe: Gehalt 1266,40 Mk. Büromiete und Reinigung 90, „ Licht und Heizung 35,78 „ Fahrgeiß 376,85 „

Gesamtausgabe 3082,54 Mk. Bilanz: Gesamteinnahme 3094,83 Mk. Gesamtausgabe 3082,54 „

Bleibt Kassenbestand der Bezirkskasse am 1. Juni 09 12,29 Mk. Soweit der Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters. — Es folgte nun eine anregende Diskussion über den Bericht sowie die Berichterstattung der Delegierten.

„Hoch die Christlich-Soziale, Löne es von Land zu Land; Hoch der Kampf für Ideale, Die uns schenkte Gottes Hand. Kämpfen wollen wir, nicht lassen, Kämpfen nur für unser Recht, Daß wir nicht im Elend lassen uns und kommenden Geschlecht. Auf, zur Arbeit, Schwestern, Brüder, Opferfreudig und mit Mut, Mag Geschicklichkeit einst wieder Herrschen über Gut und Blut.“

Dann ließ der Zentralvorsitzende Kollege Wieber den Gang der Verhandlungen Revue passieren. Er betonte, daß es das Bestreben aller Kollegen und Kolleginnen sein muß, an der Ausbreitung des

Verbandes mitzuwirken. Eine weitere Aktion muß in diesem Jahre im Bezirk überall entfaltet werden, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Dann folgte ein Referat des Bezirksleiters über die Aufgaben der Vorstände und Vertrauensmänner in Verwaltung und Agitation, in welchem besonders betont wurde, daß die Kollegen nicht im Gläubchen leben sollen, daß, da ein Beamter im Bezirk tätig ist, sie aller Agitationsarbeit enthoben seien.

Das Referat über das Unterstufungswesen in unserm Verband hatte der Zentralvorsitzende Kollege Wieber übernommen. Medner schilderte zuerst kurz die Gründung des Verbandes und seine Entwicklung bis zum heutigen Tage.

Sodann verglich Kollege Wieber unsere Klassenverhältnisse mit jenen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Dank umsichtiger Verwaltung gelang es uns, trotz der Krise das Verbandsvermögen um über 127 000 Mark zu vermehren.

Da die Kollegen eine Diskussion über diesen Punkt nicht wünschten, wurde zur Wahl des Bezirksvorstandes geschritten. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Hübner-Straßburg, Hug-Schramberg, Maier-Triberg, Kurz-Billingen, und Duggle-Madollzell.

Des weiteren nahm die Konferenz Stellung zu dem Beschlusse der badischen Schlossermeister auf der Tagung am 25. April d. J., nach welchem die Lehrzeit auf 3 1/2 Jahr verlängert werden soll.

Die am Sonntag, den 13. Juni 09 in Billingen tagende Konferenz des Bezirks Straßburg des christlichen Metallarbeiterverbandes erkennt die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung der Lehrlinge im Schlosserberufe an, hält es jedoch für verfehlt, dieselbe durch Verlängerung der Lehrzeit herbeiführen zu wollen.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Die Konferenz ersucht daher die badischen Handwerkskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorchrift, die Gesellenprüfungsarbeiten in fremder Werkstatt anfertigen zu müssen, beseitigt werden.

Hoffnungen auf die Zukunft unseres Bezirks geschlossen. Möge dieselbe von fruchtbringender Wirk- samkeit für die einzelnen Ortsgruppen und unsern gesamten Verband sein. E. C.

Gewerkchaftliches.

Die Gewerkschaftsfrage auf dem Evangelisch- sozialen Kongress.

Im evangelischen Lager sind die Anschauungen über die Gewerkschaftsfrage sehr verschieden und es gibt auch hier Leute genug, die den christlichen Gewerkschaften passiv und zum Teil sogar direkt ableh- nend gegenüberstehen. Bemerkenswert war darum die diesjährige Tagung des Evangelisch-sozialen Kon- gresses in Heilbronn, die sich mit der Gewerkschafts- frage des näheren befaßt hat. Eingeleitet wurde die Aussprache durch ein Referat des Herrn H. C h n e e m e l d e r (Berlin), der als Thema: Geistige Strö- mungen in der Gewerkschaftsbewegung behandelt und sich im Wesen und Prinzip für die christl. Gewerkschaftsbewegung aussprach. Das Kor- referat des Herrn Pfarrers T r a u b (Darmstadt) war im entgegengesetzten Sinne gehalten, was bei der be- kannten Abneigung dieses Herrn gegen die Katholiken (er sagt: Ultramontanen) und bei der von ihm vertre- teten theologischen Richtung im Protestantismus auch gar nicht weiter verwunderlich ist. Traub ist einer der wenigen Befürworter der Hirsch-Dunferschen, die jetzt ja so inbrünstig um das Wohlbefinden der Geistlichen stehen, während sie bisher die Unterstützung der christ- lichen Gewerkschaften durch Geistliche den christlichen Arbeitern zum schweren Vorwurf machen wollten.

Mit großer Wärme trat der altbekannte Staats- sekretär a. D. Graf P o s a d o w s k i für die christ- liche Gewerkschaftsbewegung ein und das Wort dieses bewährten Staatsmannes wiegt viel schwerer wie die Ansichten eines mit konfessionellen Scheuklappen ver- sehenen liberalisierenden Theologen. „Dart im Raume stehen sich die Sachen,“ antwortete der Graf im Worte auf die Ausführungen Traubs und führte u. a. weiter aus: „Wenn wir die christlichen Gewerkschaften heute nicht hätten, so würden diese Arbeiter der So- zialdemokratie zugefallen sein. Getrennt marschieren und vereint schlagen, scheint mir die richtige Lösung zu sein. Deshalb müssen die christlichen Gewerkschaften unterstützt werden in der Gegnerschaft gegen die So- zialdemokratie, die uns allen feindlich gegenüber- steht.“

Der bekannte frühere freie Gewerkschaftler E i s e n d ö r f e r, der Jahre lang als Mitglied um die Neutralisierung der angeblich freien Gewerk- schaften vergeblich gekämpft hat und dann ausgetreten und heute Angestellter einer Beamten- organisation ist, sprach folgende inhaltvollen Worte: „Ich habe eine langjährige Erfahrung in der Gewerk- schaftsbewegung hinter mir und weiß, daß wir in den Gewerkschaften auf lange hinaus nichts zu suchen haben. Ich habe es aus dem Munde bedeutender so- zialdemokratischer Gewerkschaftsführer gehört, daß man sich evangelisch-nationale Arbeiter als zahlende, aber nur als zahlende Mitglieder wohl gefallen lassen könnte. Es ist nur theoretische Liebhaberei, wenn man glaubt, daß wir dort einen Einfluß ausüben können. Wir müssen heute weiter gehen und uns offen für die christlichen Gewerkschaften bekennen.“

Eingeleitet auf dem Kongress antwende Anhänger der Hirsch-Dunferschen Richtung (Münz-Magdeburg — Eisener-Neußingen — Warenholz-Um) ver- wechelten die Tagung anscheinend mit einer Volksver- sammlung und hielten grimmige Reden gegen die christlichen Gewerkschaften. Nicht einmal auf einer solchen Tagung können die Hirsch-D. Agitatoren ihrem Haß gegen die christliche Arbeiterbewegung Riegel an- legen. Daß sie mit einem solchen Vorgehen die Gegen- sätze unter den nichtsozialdemokratischen Arbeitern zu deren Schaden nur verschärfen, sehen diese Fanatiker anscheinend gar nicht ein. Oder es ist ihnen höchst gleichgültig, ob die Interessen der Arbeiter darunter leiden oder nicht. Mit ihrem Auftreten in Heilbronn haben die S.-D. aufs neue den Beweis geliefert, daß ihre Bewegung auf dem denkbar tiefsten Niveau steht.

Mit vollem Recht betonte der ebenfalls auf dem Kongress antwende Kollege B e h r e n s, daß die den- kende Arbeiterschaft heute Klarheit verlange und aus diesem Grunde kann es für uns nur christliche Ge- werkschaften als wirlich. Interessenvertretung geben. Einen Beschluß in der Gewerkschaftsfrage hat man auf dem Kongress nicht gefaßt, es ist jedem überlassen wor- den, sich seine Meinung zu bilden. Die Verhandlungen haben aber den unzweifelhaften Beweis geliefert, daß die Sympathien für die christlichen Gewerkschaften auch in jenem Teil des evangelischen Lagers am wachsten sind, wo man bisher noch sehr unschlüssig gewesen ist. Und so darf die christliche Arbeiterbewe- gung mit dem allgemeinen Resultat dieser ewange- lischen Tagung wohl zufrieden sein. Die evangelischen Arbeitskollegen haben nun die Pflicht, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen und sich noch zahl- reicher wie bisher den christlichen Berufsorganisa- tionen anzuschließen.

Gewerkschaftsbeamte als Arbeitervertreter.

Unter dieser Rubrik ist in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Nr. 24 folgendes zu lesen:

„Bekanntlich stellen die Arbeiterorganisationen fort- gesetzt die ihnen ganz natürlich erscheinende Forderung, daß ihre Beamten als Arbeitervertreter zu den Selbst- gesetzlichen zugelassen werden müßten, wie auch, daß ihnen das passive Wahlrecht für die neu einzurichtenden Arbeits- kammern zu verbleiben sei. Die „Sozial- und wirtschafts- politische Korrespondenz“ macht nun die interessante Fest- stellung, daß die Arbeiter selbst für ihre eigenen Veran- staltungen von einer Vertretung durch Beamte nichts Rech- tes wissen wollen:

„So stellte die Bezirkskonferenz Essen des Gewerk- vereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands zur Gene- ralversammlung, die vom 27. bis 30. Juni ds. J. in Saarbrücken abgehalten werden wird, folgenden Antrag: Dem § 42 ist folgende Fassung zu geben: Die General- versammlung setzt sich zusammen aus dem Zentralvorstand, dem Beratungsausschuß und den Delegierten. Letztere müssen noch im festen Arbeitsverhältnis stehen und keine Beamten sein.“

Und die hiesige Schönebeck verlangt: Dem § 42 ist folgende Fassung zu geben: Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus dem Zentralvorstand, dem Beratungsausschuß und den Delegierten. Letztere müssen noch im festen Arbeitsverhältnis stehen und keine Zwei- gestellten sein.

Als zu Einzelheiten die Werksbestyr nicht mit Agita- toren, welche von auswärts verschoben waren, sondern nur mit Beschaftsmitgliedern verhandeln wollten, da wurde dieser vernünftige Standpunkt als Herrenmoral charakterisiert. Jetzt haben wir den Fall, daß die eigenen Organisationsmitglieder ihre Interessen nicht den An- gestellten des Verbandes, sondern nur den selbst gewähl- ten Delegierten anvertrauen wollen.“

In Arbeitgebertreien wird man sich diese Haltung der Gewerkschaften für künftige Streitsfälle zu merken haben.“

Ähnliche Ansichten und Strömungen wie sie sich jetzt im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zu An- tragen verdichtet haben, waren vor unserer vorig- jährigen Generalversammlung in München auch ver- einzelt in unserem Verbandsvorhanden. Die betr. Kollegen werden es ebensowenig wie die Kameraden des Gewerbevereins der Bergarbeiter vorausgesehen haben, das ihre ungerechte und kurzfristige Haltung in dieser Frage dem Scharfschertum als Waffe gegen das Verhandlungsprinzip dienen könnte. Jetzt sehen sie es jedenfalls ein, auf welche schiefte Ebene sie sich mit solchen widerwärtigen Anschauungen begeben und werden hoffentlich dauernd kurier sein.

Die Unternehmer aber werden die Angelegenheit nicht gegen das Verhandeln mit Gewerkschaftsbeamten ausschachten können, solange es sich nur um Einzel- erscheinungen innerhalb der Organisationsen handelt. Denn in jeder größeren Korporation wird es stets ein- zelne Mitglieder oder Gruppen geben können, die als untreue Glieder des Ganzen unzulässige Extratouren tanzen. Das darf ein gerecht Denkender aber nicht verallgemeinern und der ganzen Organisation zur Last legen. Und solange die Generalversammlungen der Gewerkschaften solche Anträge ablehnen, wie es kürzlich auch noch vom Verbandstag der sozialdemo- kratischen Metallarbeiter in Hamburg geschehen ist, solange haben die Unternehmer kein Recht, die Sache für ihren arbeiterorganisationsfeindlichen Standpunkt ins Feld zu führen.

Wo sind die „Berliner“ Zionswächter?

Um die klare Antwort auf die Frage: „Ist die konfessionelle Trennungspolitik nur für die katholi- schen Arbeiter notwendig? haben sich die Theoretiker und Befürworter der Berliner Fachabteilungen stets sehr vorsichtig herumgedrückt. Sie wissen nämlich zu genau, daß sie den katholischen Bauern, Handwerkern, Beamten und Unternehmern mit ihren fixen Ideen nicht kommen dürfen, ohne gründlich heimgeleuchtet zu bekommen. Man sieht bei den „Berlinern“ gar nicht einmal den Versuch, unter den übrigen Be- rufsständen die gleiche Zerplitterung nach konfessi- onellen Gesichtspunkten einzuleiten, wie unter den Arbeitern. Wie man in Arbeitgebertreien denkt, dafür ein Beispiel vom Allgemeinen Böhrischen Handwer- ker- und Gewerbebetag, der am 6. Juni in Rulm. zum 26. Male tagte, auf dem der Vorsitzende Kommerzien- rat M a g l e r (Katholik) u. a. ausführte:

„Frei von allen politischen und konfessionellen Ten- denzen war für den Bayerischen Handwerker- und Ge- werbebund seit 26 Jahren Leitstern seines Handelns, die- ses hat nicht minder dazu beigetragen, seinen Einfluß und Ansehen zu heben und zu kräftigen, ihn zu einem Grunde- erstarren zu lassen, der 256 Korporationen mit über 26 000 Mitgliedern umfaßt. Unser Bund darf das Zeugnis be- anspruchen, obwohl er Angehörige der verschiedenen Par- teien zu den Seinen zählt, daß er sich nie an den be- dauerlichen Streitigkeiten zwischen den christlichen Be- zeugnissen beteiligt, weil er durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß nichts die gewerblichen Mittelstands- bestrebungen s ch w e r e r s c h ä d i g e n k ö n n t e a l s d i e V e r - m e n g u n g d e r k o n f e s s i o n e l l e n G e g e n s ä t z e i n d e r H a n d w e r k b e w e g u n g. Ich darf es ehrlieh und offen aussprechen, unser Bund, seine Zeitung und sein Organ haben sich stets freigehalten von einseitiger Stellungnahme in reinen Parteifragen; sie kennen nur einen Grundhaß: Katholik und Protestant Hand in Hand fürs Vaterland und des deutschen Handwerks Rechte.“

Kommerzienrat Hagler prißt hier im Interesse des Handwerks, wie er nach dem wirtschaftlichen Geheh vom umfassendsten Zusammenstufung, da dieser den besten Erfolg verspricht, nicht anders reden kann. Und das verdienen wir ihm und den Handwerkerstand ge-

wiß nicht. Hier läßt sich bezeichnenderweise kein Fach- abteilungsprotector als Warner für verlässige Gefahren hören, das bemerken wir nur bei den Arbeitern. Un- scheinend hält man diese Alerte für dummt genug, um sich für die arbeitererschädigende Fachabteilungschwär- merei einzufangen zu lassen.

Stettin — Mannheim — Hagen i. W.

Der kulturelle Wert sozialdemokratischer Er- ziehungsarbeit zeigte sich beim Deutschen Metall- arbeiterverband gelegentlich der Kämpfe in Stettin und Mannheim schon in recht bedeutender Weise. Noch sind über diese für organisierte Arbeiter be- schämenden Vorkommnisse die Akten nicht geschlossen, wiederholt sich in Hagen i. W. ein ähnliches Schan- spiel. In dem hier wie dort die Genossen der „Prä- torianergarde“ offen die Gefolgschaft verweigern.

Die Ursache der roten Palastrevolution in Hagen ist in der vor kurzem beendet Bewegung in der Hager Metallindustrie zu suchen. Bekanntlich war dieselbe inszeniert vom sozialdem. Verband und dem S.-D. Gewerbeverein wegen einer 5% Lohnereduzierung auf dem Grünstaler Eisenwerk. Trotzdem der christliche Metallarbeiterverband anfänglich überhaupt nicht unterrichtet wurde, dieses geschah erst, als die Bewe- gung größere Dimensionen annahm. Erklärte sich derselbe im Interesse der Arbeiter solidarisch. Nicht nur die 26 streikenden Hammermeister, auch die übri- gen Arbeiter (192) der Grünstaler Firma, welche in- folge des Streiks ausgepersert wurden, kamen auf eine sogenannte „schwarze Liste“. Nachdem die Orga- nisationen daraufhin die Sperre über das ganze Ge- biet des Arbeitgeberverbandes verhängten, beschloß der Arbeitgeberverband für den Industriebezirk Hagen sämtliche bei den Verbandsmitgliedern beschäftigte Arbeiter in prozentualer Reihenfolge auszusperrern. In Frage kamen 25 000 Arbeiter, von denen kaum 3000 organisiert waren.

Bedenkt man dieses, sowie den Umstand, daß von einer Behebung der industriellen Marktlage in Hagen noch sehr wenig zu verspüren ist, wird man einsehen müssen, daß die Aussperrung sehr wahrscheinlich zu ungunsten der Arbeiter ausgelaufen wäre. Sämtliche Verbände beschloßen daher, noch vor der Aussperrung mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen anzu- bahnen. Nachdem mehrere gemeinsame Sitzungen stattgefunden hatten, erfolgte eine Einigung und die Aussperrung unterblieb.

Mit dem Friedensschluß war nun ein Teil der Streikenden im sozialistischen Verband nicht einber- standen. Nicht allein aus dem Grunde, weil das Ein- gungsprotokoll einige nicht angenehme Bestimmungen enthielt, sondern weil man den Zeitpunkt als ge- kommt erachtete, um endlich mal dem „Kapitalis- mus“ in Hagen die angebliche „starke Faust“ des soz. Metallarbeiterverbandes verspüren zu lassen. In un- glaublicher Weise wurden die „Fanatiker“ (d. h. die Beamten) von ihren eigenen Mitgliedern beschimpft. „Lumpen“, „Berräter“, „Zulbälge“ u. ähnliche Kofe- namen rief man ihnen nach. Ein Teil der Genossen wollte zwar wissen, das Ende der Bewegung sei nur auf einen Wink der Stuttgarter Zentrale zurückzu- führen, die kein Geld in der Kasse habe.

Mit Angst und Grauen soll die Ortsverwaltung der auf Grund der Erregung notwendig gewordenen Generalversammlung entgegen gesehen haben. Und gewiß nicht mit Unrecht. Denn die am 12. Juni endlich einberufene Versammlung hat gemäß zuverlässigen Berichten einen stürmischen Verlauf genommen. Ueber 1000 Mitglieder waren erschienen, um die Führer zur Rechenschaft zu ziehen. Troh- dem auch die beiden Gauleiter Wallbrecht und Spiegel von Düsseldorf erschienen waren, gelang es nicht, die erregten Gemüter zu besänftigen. Einstimmig wurde die A b s e t z u n g d e s ö r l i c h e n G e s c h ä f t s f ü h - r e r s D o n a t h b e s c h l o s s e n.

Wie uns nachträglich gemeldet wurde, soll auch die Suspendierung des Bezirksleiters Wallbrecht als Unterzeichner des Einigungsprotokolls ernstlich in Aussicht genommen worden sein. Gegen Morgen- grauen wurde die Versammlung geschlossen, deren Verlauf wieder auf das eklatanteste beweis, wohin die soziald. Erziehungsmethode führt. Denn so be- schämend derartige Vorfälle auch für die betr. Arbeiter sind, so kann man diesen doch die wenigste Schuld beimessen. Hier sind die Führer verantwortlich. Diese haben ihre Hauptaufgabe nicht darin erblickt, gute disziplinierte Gewerkschaftler, sondern nur rabuläre Schreier und Hejer zu erziehen. In jeder Werkstatt- besprechung, jeder Versammlung wurde gerade von dem Genossen Donath, der Segen des Sozialismus gepriesen. Fanatiziert hat man die Mitglieder gegen alle andersdenkende Arbeiter. Kaum durften diese es wagen, eine gegenteilige Meinung kundzugeben.

Heute ernten die Führer den Dank, allerdings in bitterer Form. Dieselben Mitglieder, die früher stolz auf den hiesigen Geschäftsführer waren, ja ihn fast vergötterten, verlangen heute dessen Bejehrung, weil „unser Friß“ sich nicht ihrem Willen beugen wollte. Mögen die Vorgänge in Stettin, Mannheim, Hagen dem soziald. Verbands ein warnendes Menetel für die Zukunft sein. Nicht mit Phrasen und Schlagworten lassen sich echte Gewerkschaftler erziehen, sondern durch ehrlieh-praktische Arbeit, wie sie in unserem christ- lichen Metallarbeiterverbände geleistet wird.

Der christliche Textilarbeiterverband Oesterreichs

hielt am 31. Mai seine zweite Generalversammlung in Wien ab. Die Entwicklung dieses Verbandes befindet sich in ständig aufwärtssteigender Linie.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Gleiwitz. (Oberschlesien). 700 Oberschlesische Metallarbeiter im Streik! Am 15. Juni sind 700 Arbeiter der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktiengesellschaft wegen angelegentlichem Lohnabzug von 2-10 Prozent ab 1. Juli in den Streik getreten.

Für heute sei nur folgendes gesagt: Von allen in der Großindustrie Deutschlands beschäftigten Arbeitern sind die Oberschlesier am schlechtesten gestellt. Sie zeigten bis jetzt aber auch das geringste Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Danzig. (Zur Klemptnerbewegung.) Wie unsere Kollegen aus der Nr. 23 unseres Verbandsorgans ersehen haben, beabsichtigten die Klemptner und verwandten Berufe von Danzig und den Vororten einen neuen Lohnvertrag den Arbeitgebern zu unterbreiten, was unterdessen schon geschehen ist, da der Tarif von 1906 abgelaufen und ein neuer durch verschiedene Umstände nicht wirksam abgeschlossen werden konnte.

Gefordert wird in unserm Tarifentwurf an Lohn für Gesellen und Monteure pro Stunde 55 Pf., für Junggehilfen in den ersten zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit, für Hilfsmonteure und alle übrigen gelernteren Handwerker innerhalb der Betriebe 48 Pf., für Helfer 38 Pf. pro Stunde als Minimallohn.

Für diejenigen, welche diese Löhne oder höhere haben, eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Daß diese Forderung nicht zu hoch ist, beweist, daß bisher schon vielfach diese Löhne gezahlt werden.

Vereinte Kraft nur großes schafft; Verloren geht, wer einsam steht!

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Berlin. Die Bauklemptner stehen in einer Lohnbewegung.

Bochum. In der Gießerei der Westfälischen Stahlwerke sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

Diedenhofen (Loth.). Ueber das Walzwerk der Nombacher Hütte ist die Sperre verhängt.

Danzig. Die hiesigen Klemptner, Installateure und Helfer stehen in einer Tarifbewegung.

Delmenhorst. In der Dinoleumfabrik „Schlüsselmark“ stehen die Arbeiter im Streik.

Dortmund. Wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter wurde über das Eisen- und Stahlwerk Sösch die Sperre verhängt und ist Zugang von Arbeitern aller Berufe fernzuhalten.

Hamburg. Die Schlosser im Baugewerbe sind ausgesperrt.

Hannover-Verden. Hier stehen die Klemptner und Installateure im Streik.

Hadevormwald. Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Titan sind die Arbeiter ausgesperrt.

Solingen. Ueber die Firma Mandewirth ist die Sperre verhängt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 27. Juni 1909 der sechszwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli fällig.

Zur Beachtung

beim Auszahlen von Wanderunterstützung. Nach § 9, Absatz 3 des Statuts darf die Gesamtsumme des in einem Jahre zu erhebenden Reisegeldes nach einer Mitgliedschaft von

Table with 2 columns: Duration of membership, Amount. 1 Jahr den Betrag von 50 Mk., 2 " " " " 55 " " " " " " 60 " " " " " " 65 " " " " " " 70 " " " " " "

(weibliche Mitglieder die Hälfte dieser Sätze) nicht übersteigen. Nach der Dauer der Mitgliedschaft kann also jedes Mitglied den entsprechenden Betrag als Reiseunterstützung beziehen, und nicht mehr, auch wenn er auf Grund des § 10 die ihm zustehende Jahressumme an Erwerbslosen- (bezw. Arbeitslosigkeit und Krankheit), Wander- und Umzugsunterstützung noch nicht erreicht hat.

Die letzte Nummer der „Gewerkschaftsstimme“ enthält folgende Warnung: Frankfurt a. M. Ein gewisser Friedrich Schneider (scheinbar geborener Oesterreicher) sucht unter allen möglichen Vorwänden Reise- und Aufenthaltunterstützung von den Ortsgruppenkassierern zu erlangen.

ausbezahlt. — Wie uns aus ähnlichen Gruppen mitgeteilt wurde, hat derselbe angebl. Friedr. Schneider auch in unserem Verband Reiseunterstützung zu erlangen versucht.

Es wird gebeten, die Adresse des Mitgl. Carl Sauer Buchnummer 81673 sofort an die Zentrale einzusenden.

Die Arbeitslosen-Parteien sind genau auszufüllen und pünktlich in der Zeit vom 1.-4. Juli an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Saargebiet. Feiß, was helfen mag, denkt der Frisch-Dundersche Agitator Eden und sucht die Verdienste und Unterstützung ausgesprochenen Scharfmacher, um seiner bedeutungslosen Organisation Leben einzubringen.

Saarbrücken, 3. April

Sehr geehrter Herr!

Bezugnehmend auf eine Aussprache mit Herrn Redakteur Pfeifer in St. Ingbert sende ich mit gleicher Post an Ihre werke Adresse einige Druckschriften und sonstiges Material, wozu ich mir hiermit einige Erläuterungen gestatte.

Es ist schon seit Jahrzehnten das Streben der Arbeiter, sich in Berufsvereinen zu organisieren, zur Pflege und Hebung des Standesbewußtseins, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur gegenseitigen Unterstützung in allen Notlagen des Lebens.

Besonders die liberalen Parteien haben sich um diese Bestrebungen große Verdienste erworben. Die Gewährung des gesetzlichen Koalitionsrechts ist ein durchaus liberales Errungenschaft. Leider steht damit der heutige Zustand nicht im richtigen Einklang.

Tausende liberaler Arbeiter gehören überhaupt keiner, oder einer solchen Organisation an. In letzter Zeit bemühten sich besonders die sogenannten „christlichen“ (Zentrum-) und „freien“ (Sozialdemokratischen) Gewerkschaften, die Arbeiter in ihre Reihen zu ziehen.

Das liberalen Arbeiter und deren Freunde dürfen das niemals zugeben; wenn sie ihren Grundfragen treu bleiben wollen. Andererseits ist es aber auch unmöglich, länger noch entgegen dem Zuge der Zeit ohne Organisation zu bleiben.

Diese Vereine stehen auf fortschrittlich freiheitlichem Boden, sind also den Liberalen freundlich gesinnt, trotzdem sie prinzipiell parteipolitisch neutral sind und jeden Arbeiter, der sich zu ihren Grundfragen bekennt, den Beitritt ermöglichen. In der Agitation vermeiden die Frisch-Dunderschen Gewerkschaften den gehässigen Ton der anderen Verbände und arbeiten nur rein sachlich zugunsten ihrer Anhänger.

Nach alledem bin ich Ihres Interesses für die gute Sache gewiß und bitte Sie ebenso herzlich wie dringend, in Bekanntheit für die Ideen der Gründung eines Vereins an Ihrem Wohnort zu wirken.

Sehr gern würde ich auch persönlich mit Ihnen Rücksprache nehmen oder in einer Versammlung oder Besprechung von Interessenten Vorträge halten; wenn ich rechtzeitig dahingehende Vorschläge erhalte.

Schon seit längerer Zeit haben wir die Beobachtung gemacht, daß Herr Eden sehr gute Beziehungen mit den Redakteuren der saarabischen Scharfmacherpresse unterhält, besonders mit Herrn Pfeifer, Redakteur des „St. Ingberter Anzeigers“.

Ferner ist Herr Pfeifer vor Jahresfrist mit den Scharfmachern in der Pfalz von Ort zu Ort gezogen, um vor allem katholische Arbeiter aus dem christlichen Metallarbeiterverband in die „freien“ Gewerkschaften unter dem Deckmantel des liberalen Wahlvereins zu gewinnen.

weltlich auch den katholischen Arbeitern von Nombach er-... den, denen er fortwährend die „Neutralität“ der S.-D. Gewerbevereine vortreibt.

Mannheim. Vier Abtakte eine Firma der Maschinenbranche mehreren Arbeitern mit der Begehrung, es hege Arbeitsmangel vor.

Ungeachtet dessen und weil sich auch Genossen unter den Gewerkschaften befanden, war anzunehmen, daß ein-... huldig gegen die Firma Stellung genommen würde.

Die anwesenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit ihrem Führer glaubten nun eine... besondere Selbsttat dadurch zu begehen, daß sie nicht nur...

Die heute im Lokal zur „Nacht am Rhein“ tagende... von Arbeitern und Bürgern überaus stark behauchte Ver-... sammlung nimmt nach Anhörung eines Referats Kenntnis...

Um sich gar noch des letzten Restes Respekt bei der... Versammlung zu begeben, versuchten die Genossen in ihrer...

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Ma-... nheim übertrug mit diesem Vorgehen an den Interessen der...

Die Versammlung wurde von der mehrhundertköpfigen... Versammlung mit Zeichen der Entrüstung gegen die Ge-...

Einige Schweinungen, welche gelegentlich der Versamm-... lung eintraten, verdienen hier festgehalten zu werden.

ben wollen, agitierten gegen den Besuch der Versammlung... wo es galt, für die Anerkennung und Wahrung des Koalitions-... rechts einzustehen. Traura, aber wahr!

Strasbourg (El.). „Es fiel ein Reiz in der Fest-... lingsnacht“, und zwar in den Garten des sozialdemokra-...

Ende April brach die „Freie Presse“, Nr. 22, einen... geharnischten Artikel gegen die Schlossermeister, welchen...

Am 22. Mai fand man in der Wirtschaft „Zum roten... Ahorn“ eine Versammlung der sozial. organisierten...

Nun ist die ganze Bewegung trotz allem großen Ge-... schrei verlarvt wie das Hornberger Schießen. Und woher...

Die Genossen werden, da ihnen in Strasbourg ihr... Aufstieg nicht gelungen ist, nun weiter auf die Christ-...

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die Verhältnisse... in den staatlichen Pflanzwerken, besonders die vorgenom-...

Bezüglich der Durchführung der in der letzten Landtags-... periode beschlossenen Lohnerhöhungen versicherte der Herr...

Im Interesse der Arbeiterklasse darf erwartet werden... daß auch die Knappschäftskassenfrage weiter gepriert...

St. Ingbert. (Wernerus gegen Fuh-... mann u.) Zu einer öffentlichen Versammlung in St. Ing-...

christliche Gewerkschaften, jegliche sachlichen Argumente. Um... nur noch etwas zu sagen, übelle er die christlichen Führer...

In der Gerichtsverhandlung am 15. Juni betonte... Fuhmann wiederholt, daß er dem Wernerus nichts...

So geht es nicht selten. Wenn die Duhenbagittatoren... der Sozialdemokraten Weise bringen sollen, haben sie...

Köln. „Santrums gewerkschaften“ hält es... zurzeit wieder einmal durch den sozialdemokratischen...

Stattell der... Köln, den 4. Juni 1909.

Ev. Hochwürden gestattet sich das Kartell der christlichen Gewerkschaften...

Uffährlich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein... oder mit Familie in die Großstädte oder deren Vororte.

Seit einigen Jahren wird nun schon seitens der... katholischen Arbeitervereine planmäßig die Gewinnung...

Ungeachtet der großen Bedeutung dieser Angelegen-... heit dürfen wir wohl der angenehmen Hoffnung Aus-...

Hochachtungsvoll Peter Dedenbach, Gewerkschaftssekretär.

Nach dem bekannten Sprichwort: „Im Auslegen froh... und munter, legst du nicht aus, so legst du hinter“, hat die...

Zum Schluß versucht man noch in einem Anfall von... „Freiheitsdrang“ die Polizei gegen die Pfarrämter scharf...

nahmen zu treffen, die diesen Unfug ein für allemal unmöglich machen. Auf das Kommando der sozial. Presse...

Böblingen. In unserer Mitglieder-Versammlung am 13. Juni nahm Kollege Wäcker in einem Vortrag Stellung gegen den am Samstag, den 12. ds. Mts. in der...

Die Mitglieder-Versammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Jahrestelle Böblingen vom 13. 6. 09...

Doch dies darf ein Blatt vom Schläge der „Böblingen Zeitung“ nicht, weil sie sonst ihre Existenz gefährdet...

Dortmund. Darop. Die Wirkung der wirtschaftlichen Krise macht sich für die Arbeitererschaft dadurch bemerkbar...

Mer nicht nur die Eisenindustrie des Siegerlandes hat unter dieser Krise zu leiden. Überall da, wo sich die Arbeitererschaft nicht früh genug ausgerafft hat...

Übrigens sieht es auf den anderen Abteilungen und Straßen nicht besser aus. Fortwährend erfolgen willkürliche Abzüge...

bletem Annehmen einen Vorfamen vom Tische des Herrn zu erhalten. Sich aufzutreiben und an der richtigen Stelle...

Mannheim. Wir verhandeln nicht! In sozialpolitisch fortgeschrittenen Kreisen kann man es nicht verstehen...

In Mannheim ist seitens der Innungsmeister der freien Schlosserinnung zum April dieses Jahres der mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande abgeschlossene Tarif gelöst worden...

Zweck Abschluß eines neuen Tarifvertrages waren bereits zwischen den Vertretern des soziald. Verbandes und den Innungsmeistern seit Wochen Verhandlungen gepflogen worden...

Der Beamte unseres Verbandes suchte sich nun zu informieren, so gut er es vermochte, um für die christlich organisierten Bauhofsler auch so viel als möglich herauszufindeln...

Der Bezirksleiter des christlichen Verbandes teilte dem Lokalbeamten Schneider auch mit, daß er einen Vertragsentwurf erhalten habe. Zugleich frag er an, ob der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bereit sei, im Interesse der Arbeiter gemeinsam vorzugehen...

Was er kam anders. Als Dienstag Abend in der Handwerkskammer zu Mannheim die Verhandlungen stattfinden sollten, waren auch zwei Vertreter unseres Verbandes anwesend...

Vom Vertreter unseres Verbandes mußte er sich dann lassen lassen, daß es ihm dann jedenfalls nicht darauf ankomme, etwas für die Bauhofsler zu erreichen...

Wird, aber an den starren arbeitgeberseitigen Standpunkt des Herrn Schneider scheiterte jeder noch so gut gemeinte Versuch. So wurden die Verhandlungen abgebrochen...

Das aber haben sie allein dem famosen Sozialistenführer Schneider zu verdanken. Dem Manne, der beim Streikverbot von Unterstützungszahlung mit dem...

Bad Niffingen. Am Samstag, den 12. Juni fand hier zum erstenmal eine christliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche einen sehr lebhaften Verlauf nahm...

In der Diskussion konnte „Genosse“ Goldmann zum Mejerat nichts sagen, desto mehr bot er seine Augenkräfte auf, und schimpfte über Schwindel und Arbeitergepflückter ohne einen Schein von Beweisen zu erbringen...

Als die roten Madaumacher fort waren, nahm die Versammlung den schönsten Verlauf. Das Gebahren der Genossen hatte den noch unorganisierten Versammlungsteilnehmern die Augen geöffnet...

Sölingen. Ueber das Verhalten der christlich organisierten Metallarbeiter im ersten Stadium der Bewegung bei der Firma Mandewitz wird in der sozialistischen Presse weiter gelehrt und gelogen...

Über den Zweck der Übung ist klar. Den verhassten Christlichen muß bei jeder — auch der unpassendsten — Gelegenheit ein ausgemischt werden. Der „Stahlwarenarbeiter“ glaubt zudem jedenfalls mit einer frisch-fröhlichen Christenhaft sich bei seinen brüderlichen Genossen wieder in Ehren zu bringen...

Der „Vorwärts“ und andere diverse rote Gazetten handeln dann auch wieder nach dem bekannten Grundsatz: Den Mitgliedern zu schmeicheln und die Führer desto kräftiger vor den Hauch zu treiben. Die Bauhofsler erhält in diesem Fall unser Bezirksleiter Broich (Düsseldorf). Die Behauptungen der sozial. Presse sind aber direkt unwahr...

In dem Fall Mandewitz hat der christliche Metallarbeiterverband ebensotwenig wie jemals früher gegen die Arbeiterinteressen gehandelt. Er hat sich nur die selbständige Entscheidung über eine Bewegung vorbehalten, bis von den sozialdemokratischen Verbänden einseitig injiziert wurde...

better der Bewegung angeschlossen und hätten nun mit Recht erwarten dürfen, daß damit auch die künstlich gemachte

Das eine aber mügen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften ein für allemal merken, daß einseitig von ihnen inszenierte Bewegungen für die christlich organisierten Metallarbeiter nicht vorhanden sind.

Oberschlesien.

Jede Lohnerhöhung der Bauarbeiter in Oberschlesien ist ein Unglück für die Arbeiter, ja noch mehr, sie ist ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft.

Zur Klarstellung folgendes: Im ober-schlesischen Baugewerbe soll ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung.

Daß die Lage der Bauarbeiter verbesserungsbedürftig ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Handelt es sich doch um ober-schlesische Verhältnisse.

„Jede Lohnerhöhung der Bauarbeiter wird auf die Arbeiter abgewälzt. Die müssen dann 10 Mal mehr so viel an Miete zahlen, als sie an Lohn mehr erhalten.

Ein Anhänger Mustols — es waren ihrer im ganzen sechs — rief dann noch: „Sie machen durch eine Devisung 4000 Arbeiterfamilien unglücklich.“

Diese Leistung Berliner Berrücktheit wird wohl kaum noch übertroffen werden können. Und das geschieht 10 Tage nach dem Delegiertentage in Berlin.

Welch jammervolles Bild bietet doch diese Bewegung. Noch am 11. April schrieb Herr Mustol in der Tagespresse einen Artikel, überschrieben: „Die Stützen der Gesellschaft — Ministerfrüher — Elfenhäuter“.

„Die Arbeiterschaft ist dadurch im höchsten Grade entrechtet; sie erhebt gegen die Vergewaltigung der wirtschaftlich Schwachen die öffentliche Klage und die Öffentlichkeit möge über diese Gewalttaten ihr Urteil fällen.“

So am 11. April 1909 spricht Mustol von der Vergewaltigung der wirtschaftlich Schwachen und am 10. Juni fordert der Herr Mustol die Arbeiter zum Streikbrot auf.

Württemberg. Schon im Frühjahr 1906 mußte sich der christliche Metallarbeiterverband mit der Person des Meisters Schl. von der chemischen Fabrik M. Koenigmann wegen der unwürdigen Behandlung seiner Untergebenen befassen.

Mit diesem Falle beschäftigte sich schon eine Versammlung der Ortsgruppe Württemberg des christlichen Metallarbeiterverbandes, was dem Herrn Meister Schl. große Kopfschmerzen bereitete.

Ferner ist es vorgekommen, daß der betr. Meister Schl. Holzern, die sich beim Ausziehen der Defen einen halben Liter Bier holen ließen, das Bier ausgoß.

Furtwangen. Im April vorigen Jahres setzten sich die beiden hiesigen Ortsgruppen der christlichen Metall- und Holzarbeiter mit dem lat. Arbeiterverein von Furtwangen ins Benehmen zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts am hiesigen Orte.

Somit wird einem langgehegten Wunsche der hiesigen Arbeiterschaft endlich von seiten der hiesigen Ortsbehörde wohlwollend entsprochen werden.

Doch die Genossen sind ja niemals verlegen, wenn sie irgend eine Errungenschaft gern für sich in Anspruch nehmen. Jetzt schreiben sie breit und führ in „Volkstreuend“ vom 25. Mai, daß auf Anregung der organisierten Arbeiterschaft Furtwagens ein Gewerbegericht errichtet werde.

Und ihr Kollegen und Kolleginnen Furtwagens! Jetzt heißt es auf die Schanzen. Jetzt schon müßt ihr mit allem Eifer Aufklärung unter die Massen bringen.

Soziales.

Graf Potjomosty über die Sozialpolitik.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Heilbronn hielt der ehemalige Staatssekretär Graf Potjomosty eine Rede, in der er den Gegnern unserer modernen Sozialpolitik gründlich die Meinung sagte.

„Die Gegner der modernen Sozialpolitik setzen sich meines Erachtens mit den Grundlagen nicht nur des Christentums, sondern mit der Seitenlehre aller gebildeten Völker in Widerspruch.“

„Die Gegner der modernen Sozialpolitik setzen sich meines Erachtens mit den Grundlagen nicht nur des Christentums, sondern mit der Seitenlehre aller gebildeten Völker in Widerspruch.“

Das Reichsversicherungsamt und der Ausschuß des Reiches für die Invalidenrenten betragen nach dem Voranschlag für das Jahr 1909 rund 53¼ Millionen bei einem Reichsetat, welcher in Einnahmen und Ausgaben mit rund 2855 Millionen abschließt.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Münch. i. Wess. Unsere Mitgilder-Versammlungen finden nicht mehr monatlich, sondern alle 14 Tage statt.

Aktion. Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, findet in Hotel Schäfershaus öffentliche Versammlung statt.

Mugsburg. Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag. Thema: „Die Reichsversicherungsordnung.“

Bole. Sonntag, den 4. Juli, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Friz Hennemann, Boleserheide.

Schligen. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat Mitgilder-Versammlung im Lokal Wurget, Stroßstraße.

Eisenach. Samstag, den 3. Juli, abends 8¼ Uhr, Versammlung bei Wid.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, Mitgilder-Versammlung im Lokale Wäsch, Segerothstraße.

Essen (Kempner, Schmieds, Söfhofer). Samstag, den 26. Juni, abends 8¼ Uhr Mitgilder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 18.

Essen (Elektrumonteur). Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Mitgilder-Versammlung im Lokale „zur Stadt Elberfeld“, Steelerstraße.

Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 27. Juni, vormitt. 11 Uhr Mitgilder-Versammlung im Lokale Golepath.

Essen-Steele. Samstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, Mitgilder-Versammlung im Lokale Sonntag, Chausseestraße.

Essen-Nordoff. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr Mitgilder-Versammlung im Lokale „Siatler“, Hauptstraße.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr Mitgilder-Versammlung im Lokale Buchner, Sobelsteinstr.

Essen-Bottrop. Den Kollegen diene zur Nachricht, daß wir uns pünktlich um 4 Uhr im Lokale Troaemann sammeln, um an der in Delwig stattfindenden Versammlung der Bechenmetallarbeiter teilzunehmen.

Essen-Dellwig. Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr öffentliche Versammlung der Bechenmetallarbeiter im Lokale Hoffstadt, Sternstraße.

Essen-Vorbeck-Schönebeck. Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 6¼ Uhr Mitgilder-Versammlung im Lokale Hausmann, Essenerstraße.

Essen-Kirchen-Neustadt. Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr bei Masfue.

Essen-Kirchen-Vulme. Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr bei Masfue.

Essen-Kirchen-Neustadt. Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr bei Masfue.

Hannover. Sonabend, den 26. Juni, abends 8¼ Uhr, Mitgilder-Versammlung im Arbeiterfestsaal, Hannover, Masfue Nr. 3 Zimmer 1 und 2, mit Vortrag.

Heddernheim. Unser diesjähriger Familien-Ausflug findet am 18. Juli statt. Wir werden uns den Kollegen von Offenbach in Frankfurt anschließen.

Ortsverwaltung Hamm i. W. Laut Beschluß der Ortsverwaltung ist die Geschäftsstelle von 11—1 Uhr und von 5—8 Uhr für den Verkehr geöffnet.

Königsbütte (Oberschlesien). Jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Sanotta.

Münchberg. Sonntag, den 27. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Rhart. Versammlung mit Vortrag: Rechte und Pflichten der Arbeiter u. a. dem Unfall- und Invalidengesetz.

Stettin. Nächste Versammlung Sonabend, den 10. Juli, abends 8¼ Uhr bei Schulrowki.

Siegburg. Sonntag, den 27. Juni, morgens 11 Uhr, im Stammlokal Minoriten Mitgilder-Versammlung mit Vortrag.

Sulzbach. Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Fürstenhof bei Bühl.

Siegen. Sonabend, den 26. Juni im Lokale Demandt, Monatsversammlung mit Vortrag des Kollegen Gierp.

Thale a. S. Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr Mitgilder-Versammlung im „braunen Hirs“ mit Vortrag.

Gewerkschaftsbeamter gesucht.

Für das Ortsamt der christlichen Gewerkschaften in München wird zum 1. Oktober d. J. ein Kartellbeamter gesucht.